

(Wolfgang Raufelder)

(Abg. Nicole Razavi CDU: Welche Mittelkürzung denn?)

– Es sind Mittelkürzungen vorhanden. Sie haben es vorhin mitbekommen. Wir haben früher im Durchschnitt etwa 230 Millionen € pro Jahr erhalten.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Die sind umgeschichtet worden, aber nicht gestrichen!)

– Wenn Sie die Umschichtungen – – Dass Land bekommt etwa 20 % weniger vom Bund. Sie können das selbst ausrechnen. Wir haben es einmal nachgerechnet.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Im Vergleich zu was?)

– Sie können sich ja gleich noch an der Debatte beteiligen. Es gibt Mittelkürzungen, und diese sind auch deutlich herausgearbeitet worden. Das ist auch in Briefen, die wir im Verkehrsausschuss bekommen haben, deutlich zum Ausdruck gekommen.

Deshalb noch einmal die Werbung: Lassen Sie diese Mittelkürzungen nicht zu. Stimmen Sie unserem Antrag zu. Das wäre sehr schön. Dann könnten wir uns beim Bund gemeinsam für das Land Baden-Württemberg einsetzen. Die Autofahrerinnen und Autofahrer in Mannheim

(Vereinzelt Heiterkeit)

– auch Mannheim –, aber auch in ganz Baden-Württemberg werden es Ihnen danken.

Danke schön.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die CDU-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Groh.

Abg. Manfred Groh CDU: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zur Diskussion stehen heute die Bundesmittel für die baden-württembergischen Autobahnen und Bundesstraßen. Um es vorneweg gleich zu sagen, lieber Kollege Haller: Der Bundesverkehrswegeplan, der bis 2015 gilt, ist von Rot-Grün beschlossen worden.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Hört, hört, hört!)

Darin liegen die Hoffnungen und Wünsche begründet. Ich wollte Ihnen das nur noch einmal deutlich sagen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP zu Grünen und SPD: Das wollt ihr nicht mehr hören!)

Ihnen, Herr Raufelder, möchte ich sagen, dass Sie vorhin auch gehört haben, dass Mittelkürzungen und Umschichtungen zweierlei Sachverhalte sind. Werfen Sie uns nicht immer vor, Mittelkürzungen vorzunehmen.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Ihnen nicht, aber Ihrer Bundesregierung!)

Im Entwurf einer Finanzplanung gibt es keine verbindlichen Mittelansätze. Es handelt sich lediglich um eine Vorausschau des Mittelaufwands, wie Sie selbst schon gesagt haben, durch die Fortschreibung des jetzigen Status. Unterlassen Sie es also bitte, lieber Herr Verkehrsminister, hieraus bei einem einzelnen Projekt immer wieder Ängste zu schüren.

Die heutige Plenardebatte könnte man auch unter folgenden Titel stellen: „Das Märchen vom grünen Straßenbau“. Wir haben ja eben gehört, dass Sie den Radwegebau vorantreiben möchten – zulasten des Autostraßenbaus.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Das stimmt doch überhaupt nicht! Das ist ein Märchen!)

– Das stimmt insofern, als ich Ihnen dafür ganz schöne Beispiele nennen könnte. Herr Schwarz, hören Sie doch einfach weiter zu. Vielleicht sehen Sie dann, dass ich doch recht habe.

Denn eines wird bei Ihrer Politik sehr schnell deutlich: Sie betonen immer wieder, dass der Straßenbau für Sie wichtig ist. Die Realität, Ihre Handlungen sprechen aber eine ganz andere Sprache. Sie führen zwar staatstragend aus, dass verkehrliche Mobilität den Bedingungen eines europäischen Binnenmarkts, der fortschreitenden Globalisierung der Wirtschaft Rechnung tragen muss. Auch die Regierungsfractionen betonen in dem vorliegenden Antrag, dass Baden-Württemberg ein Transitland ist, und daraus leiten Sie richtigerweise ab, dass der Bund noch mehr Mittel für den Straßenbau zur Verfügung stellen muss –

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Richtig!)

in diesem einzigen Punkt stimmen wir mit Ihnen überein –, nach unserer Auffassung allerdings nicht erst ab 2014, sondern schon früher.

Das Kernproblem ist aber Ihr Handeln.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Wer hat das Geld vorher ausgegeben, Herr Groh?)

Für den Bau von Bundesfernstraßen haben Sie eine Priorisierungsliste erstellt und diese in Ihrem Wortbeitrag als bahnbrechende Idee zum Ausbau unseres Straßennetzes verkauft. Sie erklären überall, dass der Bund diese Liste gutheißt und begrüßt. Auch wenn Sie diese Auflistung im Einvernehmen mit Ihrem Ministerpräsidenten immer wieder als seriöse, nachhaltige und verlässliche Haushaltspolitik verkaufen – sie ist und bleibt untauglich.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Haben Sie eine andere Lösung?)

Meine Damen und Herren, wir wollen, dass endlich die neuen Straßen gebaut werden – jetzt hören Sie doch einmal richtig zu –, die für Wirtschaftswachstum, Schaffung von Arbeitsplätzen und Steuermehreinnahmen wichtig sind. Aber irgendetwas scheint nicht zu stimmen. Sie sagen, weitere Projekte sollen erst umgesetzt werden, wenn alle laufenden und derzeit geplanten Projekte fertiggestellt worden sind. Fest steht aber, dass der Bund und die anderen Bundesländer nicht auf uns warten, schon gar nicht bis 2014, wie im Beschlussteil des

(Manfred Groh)

Antrags der Regierungsfractionen gefordert. Wenn also Baden-Württemberg sagt: „Wir bauen nichts“ und beim Bund auch keine entsprechenden Mittel mehr anmeldet bzw. erst für die Zeit nach 2014 Mittel anmeldet, führt dies dazu, dass Sie unser Bundesland abkoppeln. Wer es ernst meint, der fordert doch vom Bund eine sofortige Mittelzuweisung im notwendigen Umfang. So einfach stellt sich das dar.

Meine sehr geehrten Damen und Herren von Grün-Rot, Sie müssen Mittel und Projekte beantragen und anmelden. Es geht darum, den Fuß beim Bund in die Tür zu bringen. Sie selbst, Herr Verkehrsminister, haben doch noch vor wenigen Tagen erklärt, dass man nicht alles auf sich beruhen lassen kann. Das ist richtig. Wir müssen Zeichen setzen, sonst bleibt Baden-Württemberg finanziell und konzeptionell auf der Strecke. Sie geben damit doch zu, dass das bisherige Handeln richtig war. Ich fordere Sie deshalb auch auf: Tun Sie endlich etwas, sonst bleibt Baden-Württemberg im wahrsten Sinn des Wortes auf der Strecke.

Meine Damen und Herren, mit der vereinfachten Darstellung, dass derzeit Projekte in Höhe von insgesamt rund 4 Milliarden € geplant sind und damit der Nichtbau von Straßen begründet wird, kann man allenfalls seine grünen Stammwähler überzeugen. Diese Thematik erfordert jedoch etwas mehr Weitsicht. Aber dazu scheinen Sie, sehr geehrter Herr Verkehrsminister, nicht in der Lage zu sein. Denn mit Ihrer Priorisierungsliste haben Sie gegenüber dem Bund in erster Linie zum Ausdruck gebracht: „Wir wollen keine neuen Bundesfernstraßen bauen.“

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Das ist doch abwegig, was Sie sagen! – Weitere Zurufe von den Grünen)

Dies ist an Scheinheiligkeit nicht mehr zu übertreffen, sehr geehrter Herr Verkehrsminister.

Glücklicherweise hat die Bundesregierung in diesem Jahr bereits vier Neubeginne ermöglicht.

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Herr Kollege Groh, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Abg. Manfred Groh CDU: Nein, er soll erst zuhören. Dann kann er seine Frage stellen.

(Unruhe)

Ihre Priorisierungsliste ist nicht nur mangelhaft, sondern ihr fehlen auch ganz wichtige Elemente. Ich frage Sie, warum Sie diese unterschlagen haben.

Jetzt kommen wir zum Kern der ganzen Geschichte. Erstens ein Beispiel aus meiner Heimatstadt Karlsruhe: Das Stück zwischen der Elfmorgenbruchstraße und der Haid-und-Neu-Straße in Karlsruhe als dringend notwendige Fortsetzungstrasse des neuen Autobahnanschlusses Karlsruhe-Nord fehlt gänzlich in Ihrer Auflistung, obwohl seit vielen Jahren, seit Jahrzehnten höchstrichterlich bestätigtes Baurecht besteht.

(Zuruf des Abg. Martin Rivoir SPD)

Aus meiner Sicht gibt es hierfür einen ganz offensichtlichen Grund:

(Abg. Johannes Stober SPD: Weil der Bundesrechnungshof das angemahnt hat!)

Sie von den Regierungsfractionen, Sie, Herr Minister, Sie, Frau Staatssekretärin, und Sie, Herr Kollege Stober, wollen persönlich diese Straßenbaumaßnahme ganz einfach nicht. Sie wollen damit die Fortführung der Nordtangente auf jeden Fall verhindern und bieten den betroffenen Bürgerinnen und Bürgern nun Hilfe beim Bau einer Kommunalstraße als Ersatzlösung an. Herr Kollege Stober, Sie können mir ruhig zustimmen; dem ist so. Sie proklamieren das jeden Tag in der Zeitung, wann immer Sie Gelegenheit dazu haben.

(Abg. Johannes Stober SPD: Der Rechnungshof hat untersagt, diese Strecke zu bauen! Der Bundesrechnungshof!)

Zweitens: Ihre Kriterien halten Sie sogar Bürgerentscheiden entgegen, so im Falle der Ortsumfahrung Mögglingen. Sie haben diese in die Kategorie III heruntergestuft. In Mögglingen aber haben sich die Bürgerinnen und Bürger nach langjährigem Tauziehen auf eine Umfahrungsstraße festgelegt. Jetzt, zehn Jahre nach dem Planfeststellungsbeschluss, verlagern Sie die Maßnahme nach hinten mit der Begründung – man höre gut zu –, die Umfahrung mache einen zu großen Bogen, durchschneide die Landschaft, sei zu teuer, und in Mögglingen mit 4 000 Einwohnern wohnten zu wenig Menschen.

Ich frage Sie sehr ernsthaft: Ist das Ihr neues Verständnis zur Einbindung der Bürgerinnen und Bürger, meine Damen und Herren von den Grünen?

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Ich möchte nochmals betonen: Bürgerentscheide durch eigene Verhinderungskriterien quasi ad absurdum zu führen, ist anmaßend und mehr als nur scheinheilig.

(Abg. Beate Böhlen GRÜNE: Wer ist hier anmaßend?)

Ich komme zum Schluss. Eines fällt mir bei Ihrer Politik immer wieder auf, und zwar unabhängig vom jeweiligen Politikfeld: Schuld sind offensichtlich immer die anderen. Heute ist es wieder so. Das Land will bauen, aber die von CDU/CSU geführte Bundesregierung gibt die Gelder nicht frei.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: So ist es! Sehr gut!)

Meine Damen und Herren von Grün, dazu, ein Land wie Baden-Württemberg erfolgreich zu regieren, gehört mehr, als immer nur zu jammern, zu verhindern und die Schuld bei anderen zu suchen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)